

## Nachhaltig ist in der Rüstung nur der Tod

Rolf Mützenich (SPD): „Kampfdrohnen gehören kontrolliert“, FR-Politik vom 28. Dezember

### Konkurrenten können auch zusammenarbeiten

Ich bin froh und dankbar, dass sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich als „Rüstungskontrollpolitiker“ bezeichnet! Denn ja, das will ich und die übergroße Mehrheit der Bevölkerung: Statt einer neuen Aufrüstungsrunde wie hier bei den Kampfdrohnen eine Verhinderung solcher Zerstörungstechnik durch Abkommen zwischen den Staaten. Man muss es wollen und machen. Es gibt bereits ein Internationales Gesprächsforum dafür: die UN-Verhandlungen in Genf zur Weiterentwicklung der „Konvention über bestimmte konventionelle Waffen“ (Convention on Certain Conventional Weapons vom 2.12.1983). Leider agiert die Bundesregierung dort unhaltend.

Mützenich will das ändern – im Wahljahr, also durch das Wählen einer anderen Regierung. Gut so. Verfolgt er die Vize-Kanzler-Option für seine Partei? Auch recht. Verfolgen die Grünen die Kanzleroption? In der Grundfrage der Politik von Krieg und Frieden sieht es nach leichten Äußerungen von Frau Baerbock und Frau Göring-Eckardt eher so aus, als wollten sie mehr die CDU retten statt Frieden, Klima, Gerechtigkeit. Und will sich die Linke zur Rolle des Juniorpartners durchbringen? Kann man nicht Prinzipien aufrechterhalten und zugleich auch kleinste Kompromisse in die angestrebte Richtung mittragen?

Zu dritt könnten sie glaubhaft den Aufbruch wagen und Hoffnung geben. Dann bräuchten sie sich nicht gegenseitig die Wähler abspenstig zu machen, sondern würden ihr Potenzial zusammen erweitern. Das ist eigentlich eine altbekannte, bewährte Marketing-Strategie: Einerseits sind wir Konkurrenten, andererseits vergrößern wir zusammen unser gemeinsames Marktsegment, z.B. Bio-Fleisch statt Tönnies und Co, dann ist Platz für viel mehr Bio-Bauern.

Dazu muss man sich, bei aller Eigenständigkeit, positiv und öffentlich-signalhaft aufeinander beziehen. Das Prinzip der Koop-

ration, für das alle drei stehen und mit dem allein die Probleme der Menschheit zu lösen sind, sollte man schon mal untereinander probieren. Kooperation ist die Einsicht, Bereitschaft und Fähigkeit, sich ergänzen zu lassen. Für eine parlamentarische Mehrheit reichen im nächsten Bundestag 46 Prozent der Stimmen bei 44 Prozent für CDU und FDP, wenn wir davon ausgehen, dass die etwa zehn Prozent AfD nicht regierungsbildungsfähig sind. Wir Wähler hätten gerne diese Wahl. Gerd Bauz, Frankfurt

### Erfreuliche Positionen in der Drohnenfrage

Dass sich die SPD-Partei- und Fraktionsführung auch am Jahresende zum Thema Abrüstung und Frieden zu Wort meldet, ist zu begrüßen: Im Mai 2020 hatten der Fraktionsvorsitzende Mützenich und der Co-Parteivorsitzende Walter-Borjans in Zeitungsinterviews eine Initiative gegen die „nukleare Teilhabe“ (besser: nukleare Gefangenschaft) gestartet, Anfang November hatte die Co-Vorsitzende Esken als Bundestagsabgeordnete den ICAN-Appell unterzeichnet, gegenwärtig beziehen die Genannten Stellung zur Anschaffung bewaffneter Drohnen.

Die Friedensbewegung muss den Druck auf die SPD dahingehend aufrecht erhalten, dass für das Bundestagswahlprogramm 2021 eindeutige Beschlüsse gefasst werden: gegen die Anschaffung neuer Atombomber und bewaffneter Drohnen und für den Abzug der in Büchel lagerten Atomwaffen, für die Beendigung der „nuklearen Teilhabe“, für den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotvertrag! Selbstverständlich ist auch sehr genau darauf zu achten, dass diese Positionen in Koalitionsverhandlungen nicht infrage gestellt werden. Armin Lauen, Bonn

### Der Rest ist Wahlkampfgeplänkel

Wenn sich Frau Kramp-Karrenbauer um die Sicherheit der Soldaten Sorgen macht, sollten eher die anderen „Großbaustellen“ der Bundeswehr in Angriff genom-

men werden: vernünftige Ausrüstung, G3-Gewehre, die nicht um die Ecke schießen, einsatzfähige Panzer und Hubschrauber, Fregatten, denen keine Software fehlt ... Die Liste lässt sich fortsetzen. Das ganze Thema mit den Drohnen ist lediglich eine Ablenkung von den wichtigeren Problemen, um in die Schlagzeilen zu kommen. Siehe Vorgängerin von der Leyen: schnell wegloben und hoffen, dass der Rest im Sande verläuft. Alles andere ist Wahlkampfgeplänkel

Ulrich Träger, Frankfurt

### Jeder kleine Fortschritt wird verwässert

Die Konzernlobbys leisten ganze Arbeit: Verbotshinderung von Leihsklaverei in der deutschen Fleischindustrie, Verhinderung eines wirksamen Lieferkettengesetzes oder der Einführung einer Transaktionssteuer oder des schnellen Aus der fossilen Energien. Im Verein mit geneigten und mit Sicherheit nicht dem Wohl des deutschen Volkes dienenden politischen Vertretern (z.B. aus dem dafür berichtigten Wirtschaftsrat der Union) wird effektiv jeder gesellschaftliche Fortschritt für die einfachen Menschen verhindert oder bis zur Untauglichkeit verwässert.

Jetzt wollen uns die deutschen Rüstungskonzerne glauben machen, Sicherheit lasse sich nur mit Rüstung aufrecht erhalten und sei, wäre es nicht so ernst, man könnte losprusten, dabei auch noch „nachhaltig“. Millionen Geflüchtete, Verstümmelte und Getötete zeugen davon: Das genaue Gegenteil ist der Fall! Nachhaltig ist in diesem Geschäft nur der Tod. Aber wer den maximalen Profit vor Augen hat, scheut offensichtlich nicht vor den dreistesten Lügen zurück.

Umstrittene Waffen, das sind z.B. atomare Massenvernichtungsmittel, und diese sind ethisch und nach dem am 22.01.2021 völkerrechtliche Gültigkeit erlangenden UN-Atomwaffenverbotvertrag rechtlich verwerflich und als illegal zu ächten! Bernd Bremen, Aachen

Diskussion: [frblog.de/drohnen](https://frblog.de/drohnen)



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

#### Mailen Sie an:

[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder  
[Forum@fr.de](mailto:Forum@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](https://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/ff-20210104](https://frblog.de/ff-20210104).

Übersicht über die Themen: [frblog.de/aktuell](https://frblog.de/aktuell)

## Vorbildliche Regelung

Dänemark: „Eine Art Predigtpolizei“, FR-Politik vom 30. Dezember

Seit 1920 ist Schleswig geteilt – mit dänischer Minderheit in Südschleswig (Schleswig-Holstein) und deutscher Minderheit in Nordschleswig (Sonderjylland). Die deutsch-dänische Minderheitenregelung durch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 hat wegen ihrer bahnbrechenden Großzügigkeit so starkes internationales Interesse gefunden, dass Deutschland und Dänemark im Jahre 1996 gemeinsam das European Center for Minority Issues (ECMI) in Flensburg gründeten.

Dieses Bewusstsein für die herausragende Bedeutung der gemeinsamen Minderheitenregelung fehlt offenbar der aktuellen dänischen Regierung. Neben der Berücksichtigung der anderen Kritikpunkte daran muss der fragwürdige aktuelle Gesetzesentwurf im Hinblick auf Dänisch als Pflichtsprache bei Predigten somit auch den Kollateralschaden vermeiden, dass eine vorbildliche Regelung mit einem Nachbarstaat gebrochen wird.

Siegfried Kowallek, Neuwied

## Perfider geht es nicht

Missbrauchsfall: „Woelki bittet um Verzeihung“, FR-Politik vom 28.12.

Zur Bitte von Kardinal Rainer Maria Woelki um Verzeihung zeichne ich folgendes Bild: „Nachdem in einem Gerichtsprozess der Staatsanwalt die Anklageschrift vorgetragen hat, bittet der Angeklagte das Hohe Gericht und das Publikum für den Fall um Verzeihung, dass deren Gefühle durch die Anklage-Erhebung verletzt sein sollten.“

Das ist Hinterlist und Zynismus in Purpur, wenn man die intellektuellen Fähigkeiten des Kardinals betrachtet. Er erwartet sogar Empathie von den Gläubigen und nimmt sie in Geiselhaft. Perfider geht es wirklich nicht!

Herbert Terhag, Köln

## Eine Aerosol-Walze namens „Querdenker“-Demo

Rechtsextremismus in der Polizei: „Eine Frage – der Struktur“, FR-„Gastwirtschaft“ vom 19. Dezember

Die Führung der Frankfurter Polizei hat sich das fatale Verdienst erworben, eine demokratische Tugend desavouiert, möglicherweise sogar zerstört zu haben: Zivilcourage. Denn welcher mutige Bürger wird sich künftig noch gewaltbereiten Rechtsbrechern in den Weg stellen, wenn er befürchten muss, anschließend vom Rechtsstaat im Stich gelassen zu werden?

Als sich Corona-Leugner am Nachmittag des 14.11. am Hauptbahnhof zum Marsch durch die Innenstadt versammelten, war die Rechtslage klar: Die Demonstration war korrekt angemeldet und unter Auflagen genehmigt worden: Mund-Nasen-Schutz und 1,5

Meter Mindestabstand voneinander. An diese Voraussetzungen hatte sich bereits zu dieser Zeit nahezu niemand gehalten. Sobald diese Weigerung erkennbar war, hätte die Polizei zunächst warnen und bei Nichtbefolgen die Versammlung auflösen müssen. Letzteres gegebenenfalls mit Hilfe von Wasserwerfer und Schlagstock. Aber es kam anders. Entlang des Marschwegs hatten sich Gruppen von ebenfalls angemeldeten Gegendemonstranten postiert. Diese stellten sich dem „querdenkenden“ mobilen Corona-Hotspot in den Weg. Und ernteten dafür eine demokratische Anerkennung der besonderen Art, nämlich Kanonaden aus einem Wasserwerfer. Ei-

nige Zeit danach, als sich die unmaskierten Viren-Aktivistinnen nach ihrem Stadtmarsch zur Schlusskundgebung formierten, erkannten die Wächter der Rechtsordnung, dass gegen die Auflagen verstoßen wurde, und lösten die menschliche Aerosol-Walze auf, wobei sie sich erneut des Wasserwerfers bedienten.

Die Verantwortlichen der Frankfurter Polizei werden dem Mandat, das ihnen von allen Staatsbürgern verliehen wurde, bereits seit einiger Zeit nicht mehr gerecht. Da sind zum einen die bis jetzt nicht aufgeklärten Aktivitäten von Polizisten in rechtsradikalen Internet-Chats. Zum anderen zuschauende und

nicht durchgreifende Polizisten bei den Krawallen von Corona-Ignoranten im Sommer rund um die Alte Oper. Und dann das Versagen gegenüber Extremisten, die sich „Querdenker“ nennen und sich bei jeder Aktivität als Querulanten mit verfassungsfeindlichen Absichten selbst entarnen.

Wenn auf der Leitungsebene einer Ordnungsbehörde so wenig Fingerspitzengefühl für reale Bedrohungen der Rechtsordnung existiert, stellen sich Fragen sowohl nach dem demokratischen Bewusstsein als auch nach der polizeifachlichen Qualifikation – vom Polizeipräsidenten bis zum Gruppenführer.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

## Kritisch und klug fragend

Corona-Krise: „Besser einmal zu vorsichtig“, FR-Meinung vom 23.12.

Corona und kein Ende, auch nicht zum Jahresende. Wenn ich an dieses Thema und die vielen Beiträge dazu in der FR denke, so hat Ihre langjährige Wissenschaftsjournalistin Pamela Dörhöfer ein besonderes Lob verdient. Was und wie sie fast täglich darüber geschrieben hat, einordnend, aufklärend, verständlich formulierend, kritisch und klug fragend, das ist wirklich anerkennenswert. Eckart Roloff, Bonn